

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die ägyptisch-syrische Union

Die letzten Monate und Wochen haben im Nahen Osten zu sehr tiefgreifenden Veränderungen geführt, deren Folgen heute noch nicht abzusehen sind. Es wurde eine „Union“ zwischen Syrien und Ägypten (mit dem Anschluß des Jemen) und eine „Föderation“ zwischen den Königreichen Irak und Jordanien gebildet. Das ist gleichbedeutend mit der Konsolidierung der beiden Staatengruppen im arabischen Raum, von denen die eine prowestlich, die andere neutralistisch bzw. prosowjetisch ist. Von besonderer Bedeutung ist die Union zwischen Ägypten und Syrien und der in der Zwischenzeit vollzogene Anschluß des Jemen. Während des letzten Jahres wurden bereits Pläne zu dieser Union ausgearbeitet. Seit mehreren Jahren besteht ein gemeinsames Oberkommando der ägyptischen und syrischen Streitkräfte, das jedoch nie funktioniert hat. Im Herbst 1957 wurde ein Bataillon ägyptischer Truppen nach Syrien verlegt unter dem Vorwand, daß diese Truppen Syrien gegen die drohende Aggression der Bagdadpakt-Staaten schützen sollten. Der wirkliche Grund der Entsendung ägyptischen Militärs nach Syrien war der, daß nach dem Staatsstreich der Nationalsozialisten und Kommunisten im Herbst 1957 Syrien auf sehr schwachen Füßen stand und „geschützt“ werden mußte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 37 f.).

Außerordentlich überraschend machten die führenden politischen Kreise in Syrien (die Kommunisten ausgenommen) im Winter 1957/58 konkrete und ernsthafte Vorschläge zu einer Union zwischen Ägypten und Syrien unter der Führerschaft Nassers. Diese Vorschläge kamen einem politischen und wirtschaftlichen Selbstmord gleich, denn die panarabischen Losungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Syrien nicht etwa eine Provinz einer Vereinigten Arabischen Republik, sondern zu einer Provinz Ägyptens werden wird.

Die Diktatur, die heute von Nasser in Ägypten ausgeübt wird, wird sich nunmehr auch über Syrien erstrecken. Die sich aus der Union ergebenden wirtschaftlichen Probleme sind noch weit von einer Lösung entfernt. In Syrien herrschte bisher ein vollkommen freies Wirtschaftssystem, während Ägypten schon längst zu einer gewissen Planwirtschaft übergegangen ist. Die syrische Währung war bisher stabil und frei konvertibel, während das ägyptische Pfund seit der Suezkrise über 25 % seines Wertes eingebüßt hat. Der Lebensstandard in Syrien liegt erheblich höher als in Ägypten, und der negative Ausgleich, der zwangsweise stattfinden muß, wird nicht auf sich warten lassen. Syrien und Ägypten produzieren und exportieren vorwiegend die gleichen Güter (Baumwolle und Getreide), es wird also auch hier zu keinem gesunden wirtschaftlichen Ausgleich kommen.

Was also waren die Beweggründe zur Bildung der Union? Nach außen hin werden die panarabischen Losungen vortragen: gemeinsame Sprache, gemeinsame Religion, gemeinsame Kultur usw. In der Tat mag das für viele syrische Politiker entscheidend gewesen sein; auf jeden Fall wäre die Union ohne die obengenannten Gründe nicht möglich gewesen. Dennoch sind diese Gründe nicht zwingend, und die Eile, mit der man in Syrien an die

Verwirklichung der Union mit Ägypten ging, lassen einen dringenderen Grund vermuten. Dieser Grund ist bis heute noch unbekannt. Es ist durchaus möglich, daß die syrischen Politiker sich in diese Union ganz einfach hineingeredet haben und niemand mehr den Mut fand, davon abzugehen. Aber in den arabischen Staaten wird auch sonst — wie fast überall auf der Welt — sehr viel geredet. Auch irrationale Faktoren müssen bei der unruhigen Mentalität der syrischen Araber in Betracht gezogen werden. Von vielen „Nahostexperten“ wird angenommen, daß die syrischen Politiker sich angesichts der von ihnen selbst heraufbeschworenen Krise im Nahen Osten und in Syrien selbst so unsicher fühlten, daß sie vor der Alternative standen, abzutreten und den von ihnen bekämpften konservativen Kräften die Regierung zu überlassen, oder aber durch eine Union mit Ägypten die syrische Eigenstaatlichkeit und damit die Verantwortung aufzugeben. Es ist auch die Rede davon, daß Syrien vor einem kommunistischen Staatsstreich stand und daß (auch ohne Staatsstreich) ein Kommunist Nachfolger des Staatspräsidenten Kuwatli hätte werden sollen.

Diese Version hört sich durchaus wahrscheinlich an, wenn man die übrigen irrationalen Faktoren, die zur Union führten, hinzunimmt. Es dürfte dann wohl so gewesen sein, daß der syrische Staatspräsident Kuwatli, der schon einmal vor einem Staatsstreich im vergangenen Herbst bei Nasser Zuflucht fand (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 37), den Anstoß gab. Die nationalsozialistische Baath-Partei, die bisher mit den Kommunisten paktierte, stand ohnehin der Linie Nassers ziemlich nahe und konnte sich vielleicht auch dem einmal ausgesprochenen Unionsgedanken nicht mehr entziehen. Sowohl Kuwatli als auch Haurani, der Führer der Baath, hofften wohl als Gefolgsleute Nassers nach dem Anschluß die führenden Männer der syrischen Provinz zu werden. Vielleicht hat sie Nasser sogar in dieser Hoffnung bestärkt. Naheliegender ist allerdings, daß Nasser sich zu irgendeinem Zeitpunkt nach bewährter Methode dieser beiden Staatsmänner entledigen wird.

Die innerpolitischen Folgen

Vor dem offiziellen Vollzug der Union wurde in Syrien und Ägypten ein Plebiszit durchgeführt. Die äußeren Umstände der Abstimmung waren eines totalitären Staates würdig: Es gab nur einen Kandidaten, der zum Präsidenten gewählt werden konnte — Nasser —, und es wurde niemandem erlaubt, irgendeine andere Möglichkeit als die der Union zu propagieren. Soweit Photographien von der Abstimmung publiziert wurden, läßt sich aus ihnen ersehen, daß es auch kein Wahlgeheimnis gab. Die Stimmzettel wurden vielerorts, wenn nicht überall, offen abgegeben. Die Wahlbeteiligung (über 90 %) läßt annehmen, daß es wenigstens niemand wagte, der Abstimmung fernzubleiben, und es ist beinahe sicher, daß manche Wähler mehrere Stimmzettel abgegeben haben. Es ist daher auch kein Wunder, daß Nasser mit über 99 % der abgegebenen Stimmen gewählt wurde. Die Unionstendenzen in Syrien waren gewiß sehr stark, aber ganz bestimmt nicht so stark. Es gibt immerhin weite Kreise in Syrien, die eine Union mit dem Irak vorgezogen hätten. Die Bedingung Nassers für die Union war die Aufhebung

aller syrischen Parteien und nach vollzogener Union die Bildung einer Partei der nationalen Einheit nach ägyptischem Muster. Die einzigen, die sich dem widersetzen, waren die Kommunisten (die kommunistische Partei in Syrien ist die stärkste und am besten organisierte kommunistische Partei im Nahen Osten). Der Führer der syrischen Kommunisten, Bagdasch, „verreiste“ nach Moskau. Selbst die muslimische Bruderschaft (in Ägypten von Nasser bitter bekämpft und verboten) soll sich freiwillig aufgelöst haben.

Ohne Zweifel stellt die syrisch-ägyptische Union eine Niederlage für die kommunistische Partei Syriens dar. Die Partei ist nun wie in Ägypten verboten, und es ist damit zu rechnen, daß die wichtigsten Parteiführer früher oder später unter irgendeinem Vorwand verhaftet werden, soweit sie es nicht verstehen, sich der Verhaftung zu entziehen.

Durch die Auflösung aller Parteien werden aber nicht nur die Kommunisten, sondern auch andere linksradikale Gruppen genauso wie die bürgerlichen Parteien, die schon unter dem jetzigen Regime entmündigt waren, aus dem politischen Leben ausgeschaltet. Die kommunistische Partei hat sich aber nicht aufgelöst, und sie wird zweifellos weiterwirken, wenn auch in der Illegalität. Es ist sogar zu befürchten, daß sie durch eine Verbindung mit den übrigen Gegnern des Regimes einen gewissen Zuwachs erhält. Sobald sich die wirtschaftlichen Nachteile der Union einmal auswirken, dürfte in Syrien ein für die Kommunisten sehr gesundes Klima entstehen. Hinzu kommt, daß die Kommunisten in ihrer Propaganda nicht gehemmt werden können — diese besorgt Moskau selbst, denn der russische Einfluß auch auf „kulturellem Gebiet“ bleibt so lange bestehen, wie die wirtschaftliche Hilfe der Russen in Anspruch genommen wird.

Die außenpolitischen Folgen

Die außenpolitischen Folgen, die sich durch die Union ergeben, sind noch nicht abzusehen. Sicher ist, daß der russische „Hebel“ gegen die prowestlichen Bagdad-Staaten verstärkt wurde; dies zeigt sich bereits in der verschärften ägyptischen Propagandakampagne gegen den Irak. Durch den Beitritt des Jemen ergibt sich eine weitere sehr gefährliche Linie in der Außenpolitik der neuen Republik. Der Jemen ist als letzte schiitische Theokratie zugleich der rückständigste arabische Staat. Der Jemen wird von einem Imam (von dem man in letzter Zeit sehr wenig hörte) autoritär und nach den Gesetzen der schiitischen Muslimen regiert. Die Außenpolitik wird von einem Kronprinzen betrieben. Eine Volksvertretung gibt es nicht einmal dem Namen nach. Daher kann auch die Union mit der Vereinigten Arabischen Republik nicht so wie in Syrien erfolgen, denn allein das Wort „Volksbefragung“ würde die Würde des Imams schmälern. Die Union wird etwa so aussehen, daß die Außenpolitik und die Armee mit denen der Vereinigten Arabischen Republik koordiniert werden. Eine Änderung der inneren Verhältnisse des Jemen ist unter normalen Umständen undenkbar. Die neue Republik geht so ein Bündnis mit dem rückständigsten und reaktionärsten Imamat ein.

Das Gefährliche an dieser Verbindung sind die Spannungen, die zwischen dem Jemen und Großbritannien bestehen. Der Jemen fordert die englische Kolonie Aden (zur Zeit einer der wichtigsten englischen Flotten- und Luftstützpunkte im Nahen Osten) für sich, weil dieser

Teil der arabischen Halbinsel vor der Türkenherrschaft einmal zum Reiche des Imams gehört hat. Der Imam hat sich bisher auch geweigert, irgendeine Grenzziehung zwischen Aden und dem Jemen anzuerkennen, und an den Grenzen herrscht seit Jahren ein latenter Kriegszustand. Der Jemen hat, so wie auch Syrien und Ägypten, von der Sowjetunion Militär- und Wirtschaftshilfe erhalten, steht also außenpolitisch im gleichen Lager wie die Vereinigte Arabische Republik. Durch den Anschluß des Jemen wird die neue Republik zwangsläufig — und das scheint auch die Absicht Nassers zu sein — in neue Auseinandersetzungen mit England verwickelt. Es liegt sehr nahe, daß Ägypten nach dem Jemen Truppen entsendet, um den Imam zu unterstützen, und nicht zuletzt um das Land „anschlußreif“ zu machen.

Man könnte annehmen, daß der Zusammenschluß dieser drei Staaten, die bisher im höchsten Maße von der Sowjetunion abhängig waren, den russischen Einfluß im Nahen Osten abschwächen würde. Die Gegebenheiten sprechen jedoch gegen diese Annahme. Die Sowjetunion könnte jederzeit ihre umfangreiche Militär- und Wirtschaftshilfe einstellen. Das wäre gleichbedeutend mit dem Ruin dieser Staaten. Die bisher gelieferten Waffen würden in kurzer Zeit wertlos werden, weil Ersatzteile nicht nachgeliefert werden, ein Abbruch der bereits in der Ausführung begriffenen wirtschaftlichen Projekte müßte zu schweren wirtschaftlichen Erschütterungen führen. Eine Rückkehr in das Lager des Westens wäre zwar noch möglich, würde aber wenig an diesen Tatsachen ändern, denn die amerikanischen Hilfsleistungen im Nahen Osten sind, gemessen an den russischen Versprechungen und tatsächlichen Lieferungen, sehr gering.

Im übrigen besitzt die Vereinigte Arabische Republik dem Osten gegenüber keinerlei ernsthafte Druckmittel, denn die Sperrung des Suezkanals oder der Ölleitungen würde nur den Westen treffen. Eine Schwächung des sowjetischen Einflusses ist also nicht wahrscheinlich.

Die Situation der Christen

Die Situation der Christen in der Vereinigten Arabischen Republik wird sich in naher Zukunft kaum wesentlich verändern. Da Syrien faktisch eine ägyptische Provinz geworden ist, werden auch die Rechtsverhältnisse der Kirchen dem jetzt in Ägypten geltenden Recht angepaßt werden, d. h., daß vor allem das Personalstatut und die konfessionellen Gerichte (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 116 und 316) abgeschafft werden. Es ist möglich, daß sich das Verhältnis zwischen den christlichen Glaubensgemeinschaften und der Regierung etwas bessern wird, da die Regierung zur Zeit kein Interesse daran hat, unnötige Spannungen zu verursachen (hier dürften vor allem auch außenpolitische Interessen mitspielen).

Die Oberhirten einzelner christlicher Gemeinschaften äußerten sich sehr zuversichtlich über die Situation der Christen in der Republik. Es herrscht vor allem Befriedigung darüber, daß die Gefahr des Kommunismus eingedämmt wurde. Auch wurden von seiten der Regierung einige Konzessionen (vor allem für das Schulwesen) gemacht. So erklärte z. B. der melkitische (katholische) Patriarch von Antiochien (Syrien), Maximos IV. Saigh, auf der melkitischen Synode in Kairo: „Wir haben die feste Überzeugung, daß Ägypten ein Land bleiben wird, in welchem Frieden und Gerechtigkeit herrschen und das

alle seine Bürger gleich behandeln wird, seien es nun Muslimen oder Christen.“ Weiter sagte der Patriarch, daß die Synode in der Hauptstadt Ägyptens versammelt wurde, „um dieses Land zu ehren als einen Anziehungspunkt für alle Araber und alle östlichen Völker... Wir wünschen öffentlich Zeugnis zu geben von unserem Vertrauen in den Geist jener, die Ägypten regieren...“ (NCWC News Service, 17.2.58).

Man darf diese Äußerungen nicht zu hoch bewerten, denn sie wurden in einem Lande gemacht, in dem jede andere geäußerte Meinung zu fatalen Folgen führen kann. Die Hirten der christlichen Gemeinschaften wiederum müssen alles tun, um die friedliche Existenz der ihnen anvertrauten Gemeinden zu sichern.

Eine gewisse Verstörung zeigt sich bei den Christen des

Libanon, dem einzigen arabischen Staat mit einer geringen christlichen Mehrheit. Der Libanon gehört geographisch und wirtschaftlich zu Syrien, und es ist daher nur natürlich, daß man von Syrien her immer wieder versucht, den Libanon „anzuschließen“. Ein Teil der sunnitischen Muslimen im Libanon würde einen solchen Anschluß begrüßen. Die Christen, vor allem die maronitische (katholische) Mehrheit unter ihnen, hat von einem solchen Anschluß, der sie zur Minderheit machen würde, alles zu befürchten und nichts zu erhoffen. Der maronitische Patriarch verfolgt eine sehr vorsichtige Politik, indem er die Notwendigkeit der arabischen Einheit und den arabischen Charakter der libanesischen Christen immer betont, jedoch auch immer auf die besonderen Verhältnisse des Libanons hinweist.

Aus der Ökumene

„Katholizität“ oder Römisch-Katholisch

In den letzten Monaten sind einige Bücher und Schriften aus dem Kreis der lutherischen „Michaelsbruderschaft“ sowie der „Sammlung“ erschienen, die teils ein theologisches, teils sogar ein kirchenpolitisches Programm entwickeln. Sie stellen nicht ohne überzeugende und tief grabende Argumente evangelische Leser vor die Entscheidung, verlorengegangene „katholische Wahrheiten“ zurückzugewinnen und ihr Bekenntnis zur Einen, heiligen, katholischen und apostolischen Kirche besser zu verwirklichen, ohne die reformatorische Haltung aufzugeben und ohne „römisch“ zu werden. Sie wollen aber, obwohl dieses Programm schon für die gesammelte Kraft einer ganzen Generation ausreichte, auch Katholiken, deren mancherlei Nöte mit ihrer Kirche sie zu kennen meinen, vor eine analoge Entscheidung stellen: nämlich den römischen Katholizismus evangelisch zu integrieren und zu einer seit der Reformation verlorenen wahren „Katholizität“ zurückzuführen. Diese aus der Besinnung einzelner im Gewissen beunruhigter lutherischer Theologen erkannte oder konstruierte Idee der Katholizität soll den bestehenden Gegensatz von Katholizismus und Protestantismus überwinden. Ein sehr kühnes Reformprogramm, in welchem, wie P. Weigel SJ unlängst sagte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 150), der protestantische Geist der freien Konstruktion einen neuen Triumph zu feiern gedenkt, um so mehr, als er hoffen darf, das katholische Interesse für katholisierende Bestrebungen im Luthertum mitzureißen.

Die wertvollste Neuerscheinung sind wohl die von Hans Asmussen und Wilhelm Stählin herausgegebenen „Beiträge zum Gespräch zwischen der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche“, die unter dem Titel „Katholizität der Kirche“ erschienen sind (Evangelisches Verlagswerk Stuttgart 1957, 390 S.). Sie beruhen aber auf der von Rom verworfenen ekklesiologischen Voraussetzung, der sogenannten „Branch-Theorie“, wonach „die voneinander getrennten christlichen Kirchen... Zweige der Christenheit“ sind (W. Stählin 179), so daß evangelische und Katholiken als „getrennte Glieder der einen katholischen, apostolischen Kirche“ sich um eine „vertiefte Beziehung der getrennten Kirchenkörper“ bemühen sollten (7). Diese Konzeption erinnert an einen Satz im 3. Rundbrief der

„Sammlung“, der in einem anderen, von Pfarrer Max Lackmann, Soest, herausgegebenen Buch mit dem zweilightigen Titel „Katholische Reformation“ (Schwabenverlag Stuttgart 1958, 240 S.) wieder abgedruckt ist. Darin heißt es, die Wirklichkeit Christi sei „im evangelischen Raum von Katholiken und im katholischen Raum von Evangelischen“ neu erfahren worden, so daß „das Verhältnis der christlichen Kirchen zueinander“ verbessert werden und eine Kirche der anderen „Gehilfin zu einer echten Christlichkeit werden“ könnte (41).

Schrift und Tradition bejaht

Das erstgenannte Buch beginnt mit einem Aufsatz von Ernst Kinder, Münster, über „Schrift und Tradition“ (9 bis 80) und dürfte eine einzigartige Besinnung zur Überwindung dieses Lehrgegensatzes darstellen.

Seine Grundthesen sind diese: Es ist ein Mißverständnis des reformatorischen Protestes gegen bestimmte Traditionen, daß Schrift und Tradition Gegensätze seien und das *sola scriptura* eine abstrakte Überkonzentration auf die Bibel bedeute. Tradition gehöre wesentlich zum christlichen Glauben, sie habe drei Hauptgestalten: zunächst die apostolische Urtradition als Norm aller kirchlichen Tradition, sodann die allgemeine Tradition der nachapostolischen Kirche und schließlich die Dogmen und Bekenntnisse der Kirche. Wörtliche Übereinstimmung mit dem Neuen Testament garantiert noch nicht das echte Heilsgeschehen, wo aber spätere Tradition in Gegensatz zu Zeugnissen des Neuen Testaments tritt, da ist sie nicht mehr wirklich christlich. (So auch Lackmann in „Katholische Reformation“ S. 91: „Was der Kirche nicht von der Schrift bestätigt wird, ist damit schon als nicht-katholischer Glaube erwiesen“, womit die mündliche Überlieferung der Apostel ausgeschlossen wird.) Das Heilsgeschehen werde durch die apostolische Urtradition nicht statisch fixiert, sondern durch sie hindurch wirke es lebendig und je gegenwärtig weiter in der Glaubenserfahrung der Kirche, die aber nicht die Heilsoffenbarung substantiell ergänzen, jedoch ein Wachsen unseres Verständnisses der Offenbarung bringen könne. Eine solche Überlieferung werde „nur durch die Glaubensantwort der rechtgläubigen Kirche geleitet“. Kinder weist das Walten eines unfehlbaren Lehramtes ab und kennt keine Garantien gegen mögliche Fehlentwicklungen im Strom der Tradi-